



493 /AB

07. Mai 2007

zu 484 /J

DIE BUNDESMINISTERIN
FÜR JUSTIZ

BMJ-Pr7000/0026-Pr 1/2007

An die

Frau Präsidentin des Nationalrates

W i e n

Zur Zahl 484/J-NR/2007

Die Abgeordneten Ing. Peter Westenthaler, Herbert Scheibner, Mag. Gernot Darmann und Kollegen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Scheintätigkeit der Regierungsmitglieder der Retrokoalition“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Im Kapitel „Justiz“ (Seiten 144 bis 153) des Regierungsprogramms für die XXIII. Gesetzgebungsperiode wurden ambitionierte und teils komplexe Vorhaben vereinbart. Dabei haben wir uns entschlossen, eine eingehende Vorbereitung von Gesetzesentwürfen, unter anderem durch Einbeziehung der beteiligten Kreise schon vor Eröffnung eines Begutachtungsverfahrens sicherzustellen.

Zu 1 und 2:

Im Zeitraum 11. Jänner 2007 bis 7. März 2007 haben 5 Ministerräte stattgefunden, an denen ich teilgenommen habe.

Zu 3 bis 5 und 8 bis 9:

Im vorgenannten Zeitraum wurden zwei Vorträge eingebracht, und zwar jeweils gemeinsam mit dem Bundesminister für Inneres betreffend ein informelles Treffen der Justiz- und Innenminister in Dresden und den Rat der Justiz- und Innenminister in Brüssel.

Die Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines EU-JZG- Änderungsgesetzes (EU-JZG-ÄndG 2007) wurde im Ministerrat am 28.3. beschlossen (48 BlgNR XXIII. GP).

Zu 6 und 7:

In der XXI. Gesetzgebungsperiode wurden im Vergleichszeitraum keine legistischen Vorhaben eingebracht, in der XXII. Gesetzgebungsperiode wurden im Vergleichszeitraum acht Vorhaben im Ministerrat eingebracht, im Einzelnen handelt es sich um

- a) Bundesgesetz über Mediation in Zivilrechtssachen sowie über Änderungen des Ehegesetzes, der Zivilprozessordnung, der Strafprozessordnung, des Gerichtsgebührengesetzes und des Kindschaftsrechts-Änderungsgesetzes 2001
- b) Strafprozessreformgesetz
- c) Bundesgesetz über das internationale Insolvenzrecht
- d) Bundesgesetz, mit dem das Jugendgerichtsgesetz 1988 und das Gerichtsorganisationsgesetz 1896 geändert werden
- e) Exekutionsordnungs-Novelle 2003
- f) Urheberrechtsgesetz-Novelle 2003
- g) Abschluss einer Vereinbarung gemäß Artikel 15a Bundes-Verfassungsgesetz zwischen dem Bund und allen Bundesländern über die Abgeltung medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten

Zu 10 bis 12 sowie 15 bis 19:

In folgenden Bereichen sind Entwürfe in Begutachtung oder in Vorbereitung:

1. Entwürfe zu Reformen des Familienrechts (Patchworkfamilien, Kindesunterhalt, Ehegüterrecht, Partnerschaften);
2. ein Gesellschaftsrechts-Änderungsgesetz 2007 wird die Grundlagen für die grenzüberschreitende Verschmelzung von Kapitalgesellschaften schaffen;
3. eine Novelle zum Insolvenzrechts-Einführungsgesetz, mit der ein Gütezeichen für Schuldenberatungsstellen geschaffen wird;

4. EO-Novelle 2007: Regelung der Internetversteigerung, Reform der Zwangsverwaltung; Ausbau der einstweiligen Verfügungen gegen Gewalt in der Familie;
5. Zivilverfahrens-Novelle 2007: Schaffung der Gruppenklage, Opferschutz im zivilgerichtlichen Verfahren;
6. Novelle zum Bauträgervertragsgesetz: Verbesserung des Rechtsschutzes der Erwerber von Eigentumswohnungen, Einfamilienhäusern und Geschäftsräumlichkeiten;
7. Berufsrechtsänderungsgesetz 2007: Umsetzung von Richtlinien im Berufsrecht der Rechtsanwälte und Notare, Neuregelung der Studienvoraussetzungen für die Rechtsberufe;
8. Novelle zum SMG: Fortführung der StPO- Reform im Anschluss an das Strafprozessreformgesetz, BGBI. I Nr. 19/2004: Anpassungen des Haupt- und Rechtsmittelverfahren an die neue Systematik und Begrifflichkeiten des Ermittlungsverfahrens;
9. Anpassungen im Bereich des StGB;
10. Strafrechtsänderungsgesetz 2007: Schaffung zusätzlicher Maßnahmen im Bereich der Korruptionsbekämpfung sowie Umsetzung des Rahmenbeschlusses gegen Angriffe auf Informationssysteme;
11. Haftentlastungspaket, insbesondere mit Maßnahmen im Bereich der bedingten Entlassung;
12. Anpassungen im ARHG und EU-JZG;
13. Anpassungen im Bereich des Verbandsverantwortlichkeitsgesetzes;
14. Anpassungen im Bereich des JGG Anpassungen im gerichtlichen Nebenstrafrecht, vor allem FinStrG;
15. Anpassungen im Dienstrecht (StAG);
16. Umsetzung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung (gemeinsam mit BMVIT):

Die Arbeiten werden von den zu den einzelnen Fachthemen beim Bundesministerium für Justiz bestehenden Arbeitsgruppen unterstützt.

Die Einbindung der Opposition wird jeweils durch Veröffentlichung des Begutachtungsentwurfs geschehen.

Zu 13 und 14:

Auf die angeschlossenen Tabellen A und B wird verwiesen.

Zu 20 bis 22 und 25 bis 27:

Auf die angeschlossene Tabelle C wird verwiesen.

Zu 23 bis 24:

Die Dienstreisen dienten einerseits innerösterreichischen rechtspolitischen Diskursen, dem Kontakt mit Justizbehörden und Repräsentanten der Politik, sowie andererseits der Einbringung und Vertretung österreichischer Standpunkte und Interessen auf internationaler Ebene.

Zu 28:

Zunächst darf ich auf die angeschlossene Tabelle C verweisen.

Am 24. Jänner 2007 nahm ich die Amtseinführung der Präsidentin des Obersten Gerichtshofes Dr. Griss im Justizpalast vor. Aus Anlass des Juristenballes habe ich den Justizminister des Fürstentums Liechtenstein eingeladen, der Juristenball fand am 17. Februar 2007 statt, der Justizminister des Fürstentums Liechtenstein war in der Zeit vom 16.2. bis 19.2.2007 in Wien. Am 27. Februar 2007 und am 19. März 2007 nahm ich jeweils an der Amtseinführung des Leiters der Justizanstalt Schwarzau und des Präsidenten des Arbeits- und Sozialgerichtes teil.

In der Zeit vom 22. bis 23. März 2007 fand die Großveranstaltung „100 Jahre Richtervereinigung“ in der Wiener Hofburg statt. Für den 26. März 2007 war die Amtseinführung des neuen Präsidenten des Landesgerichtes Leoben festgesetzt, an der ich ebenfalls teilgenommen habe.

Am 30. März 2007 feierte das Bezirksgericht Grieskirchen 100 Jahre; auch diese Veranstaltung habe ich besucht.

Zu 29:

Die Kosten für die Amtseinführung der Präsidentin des Obersten Gerichtshofes betrugen 2.420 Euro, für den Juristenball, inklusive des Besuches des Justizministers des Fürstentums Liechtenstein, wurden 9.451,57 Euro aufgewendet. Die Amtseinführung des Leiters der Justizanstalt Schwarza hat Kosten in der Höhe von 1.420 Euro und die Amtseinführung des Präsidenten des Arbeits- und Sozialgerichtes 2.150 Euro verursacht. Die vom Bundesministerium für Justiz zugesicherte Förderung für „100 Jahre Richtervereinigung“ kam noch nicht zu Abrechnung.

Für die Amtseinführung der Präsidentin des Landesgerichtes Leoben wurde ein Betrag von 2.160 Euro und für den Besuch des Bezirksgerichtes Grieskirchen ein Betrag von 680 Euro bezahlt.

4 . Mai 2007

Dr. Maria Berger

(Dr. Maria Berger)

1/A ✓

XXI. GP, Gesetzesentwürfe in Begutachtung im Zeitraum 4.2. – 30.3.2000

Entwurf	Einlangen Parlament	Ende Der Begutachtung	Bezeichnung
Exekutionsordnungs-Novelle 2000	29.12.1999	15.02.2000	5/ME (XXI. GP)
Bundesgesetz über den freien Dienstleistungsverkehr und die Niederlassung von europäischen Rechtsanwälten in Österreich sowie über Änderungen der Rechtsanwaltsordnung	18.02.2000	14.03.2000	12/ME (XXI. GP)
Rechtspraktikantengesetz, Änderung	01.03.2000	31.03.2000	14/ME (XXI. GP)
Zugangskontrollgesetz	13.03.2000	04.04.2000	18/ME (XXI. GP)

XXII. GP, Gesetzesentwürfe in Begutachtung im Zeitraum 28.2. – 24.4.2003

Entwurf	Einlangen Parlament	Ende Der Begutachtung	Bezeichnung
Fair Value-Bewertungsgesetz	22.01.2003	28.02.2002	2/ME (XXII. GP)
Bundesgesetz, mit dem vorübergehende Maßnahmen im Bereich des Strafaufschubs getroffen werden	08.04.2003	24.04.2003	43/ME (XXII. GP)

Beilage C

Tabelle zu Zl. 484/J-NR/2007

Zeit	Inland	Ausland	Ort	Kosten	Zweck	Begleitperson	Kosten	Begleitperson	Privatperson
14. – 15.1.		Deutschland	Dresden	991,54	Inf. EU-Rat	KC Dr. Dearing Dr. Tschütscher Dr. Tarko Dr. Schneider	2.572,46		Keine
6.-7.2.	Belgien	Brüssel		839,44	Amtsüber- gabe	Dr. Tschütscher	1.556,00		Keine
9.2.	Österreich	BG Mauthausen BG Pergarten BG Perg	--		Besuch von Bezirks- gerichten	MMag. Preuer	--		Keine
15.2.	Belgien	Brüssel		661,90	EU-Rat	Dr. Tarko Mag. Pilnacek Dr. Dearing Dr. Tschütscher Mag. Geiblinger	4.370,72		Keine
19.2.	Österreich	Ottenstein	--		Strafrechts- Seminar	Dr. Dearing MMag. Preuer	--		Keine
26.2.	Österreich	Innsbruck		275,50	Bespr. OLG Innsbruck u LH van Staa	MMag. Preuer	275,50		Keine
27.2.	Österreich	Schwarzau	--		Amtsein- führung	Dr. Dearing O. Müller	50,76		Keine
2.3. – 3.3.	Österreich	Linz	--		Regierungs- Klausur	Dr. Dearing	248,00		Keine
7.3.	Österreich	Gerasdorf	--		Besuch der	Dr. Dearing Dr. Gödl Dr. Scheiber	--		Keine
26.3.	Österreich	Leoben	--		Amtsein- führung Präs. LG	Dr. Tschütscher O. Müller	131,60		Keine
30.3.	Österreich	Grieskirchen Bad Leonfelden	--		100 Jahre BG	MMag. Preuer O. Müller	176,72		Keine